

## *Pressemitteilung des Landesjagdverbandes Hessen*

### **Jagdverband ruft zu Demonstration gegen Jagdverordnung auf**

Bad Nauheim, 03. September 2015 – Erstmals gehen in Hessen Jäger und Falkner, Landwirte, Waldbesitzer und Angler gemeinsam zum Protest auf die Straße. Der Landesjagdverband (LJV) ruft die hessischen Grünröcke und befreundete Verbände am 26. September in Wiesbaden zur Demonstration gegen die geplante schwarz-grüne Jagdverordnung (JVO) auf. „Hände weg vom Jagdrecht – Keine Aushöhlung durch die neue Jagdverordnung“ lautet das Motto, sagte LJV-Präsident Dr. Jürgen Ellenberger am Donnerstag in Bad Nauheim. Der Protest wird vom Deutschen Jagdverband (DJV) unterstützt.

„Der Jagdverordnungsentwurf des Wiesbadener Umweltministeriums stellt einen Frontalangriff auf das Jagdrecht und den Natur- und Artenschutz dar“, kritisierte Ellenberger. Fuchse, Rabenkrähen und Elstern sollten die bundesweit kürzesten Jagdzeiten erhalten, Baumarder, Iltis und Hermelin überhaupt nicht mehr bejagt werden. Die Schonung dieser räuberischen Arten gefährde Bodenbrüter wie Rebhuhn, Lerche, Kiebitz und Wachtel. „Allein der Fuchsbestand hat sich in Hessen in 30 Jahren aufgrund der Tollwutimpfung der Rotröcke auf rund 150 000 Tiere verfünffacht“, sagte der LJV-Präsident. Ohne intensive Fuchsbejagung werde auch die Feldhasen-Population trotz eines weitgehenden Bejagungsverzichts sinken.

„Wenn die Jagdzeit für Rabenkrähen und Elstern tatsächlich von rund sieben auf zweieinhalb Monate gekürzt wird, kommen wir dem ‚Stummen Frühling‘ ohne fröhliches Vogelgezwitscher ein ganzes Stück näher“, warnte Ellenberger. „Denn in unserer vom Menschen geprägten Kulturlandschaft haben die Rabenvögel beim Plündern von Singvogelnestern leichtes Spiel.“ Offenbar habe das hessische Umweltministerium aus der vorübergehenden Vollschonung von Krähen und Elstern in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts nichts gelernt. Damals protestierten Vogelfreunde und Landwirte heftig gegen dieses Jagdverbot, weil sich die Übergriffe der Rabenvögel auf Singvögel und Jungwild stark häuften und die Schäden in der Landwirtschaft wuchsen. 1993 töteten Rabenkrähen bei Herborn (Lahn-Dill-Kreis) sogar 35 Schaflämmer.

Dass für Graugänse keine Jagdzeit mehr vorgesehen ist, bezeichnete der LJV-Präsident als „einzigartigen ökologischen Schildbürgerstreich“. Die Jagd müsse sowohl auf Graugänse als auch Nil- und Kanadagänse wie in Nordrhein-Westfalen vom 16. Juli bis 31. Januar erlaubt sein. „Denn von der Werra bis zum Rhein wachsen die Wildgänsebestände ständig an“, schilderte Ellenberger die Lage. „Ganze Gänsescharen verkoten Badeseen, Freibäder und Parks, verdrängen andere Wasservögel und fressen Getreidefelder kahl. Überdüngte Binnengewässer kippen in der Sommerhitze um.“

Wer angesichts dieser „Bestandsexplosion“ die Gänsejagd einschränkt, steuere auf holländische Verhältnisse zu. „Dort hat im Juni mit Zustimmung der Natur- und Vogelschützer die Vergasung von 400.000 Wildgänsen begonnen“, erläuterte der Jägerpräsident. Nachdem 1999 in den Niederlanden ein weitgehendes Jagdverbot verhängt wurde, werde man der Gänseplage anders nicht mehr Herr. Die auf Kosten des Steuerzahlers vom Staat ersetzten Gänseschäden beliefen sich auf 16 Millionen Euro.

„Die über 24.500 hessischen Jägerinnen und Jäger brauchen in Sachen Nachhaltigkeit und Naturschutz keine Belehrung von urbanen Schreibtisch-Ökologen“, betonte Ellenberger. „Sie kennen Wildbestand und Lebensräume besser als Wochenend-Naturschützer.“ Die Jagd sei eine „nachhaltige

Nutzung von Naturgütern, aber nicht die Dienstmagd parteipolitisch geprägter Ökologie“. Das Jagdrecht werde durch das Grundgesetz als Eigentumsrecht geschützt.

Der Deutsche Jagdverband schloss sich dem Protestaufruf an. DJV-Präsident Hartwig Fischer kritisierte, dass der Verordnungsentwurf keine Rücksicht auf wildbiologische Erkenntnisse nehme. Die Jagd solle nur soweit zugelassen werden, wie sie aus urbaner Sicht nötig sei. Fischer: „Das ist ein völlig falsches Grundverständnis von Jagd.“

Der Demonstrationzug startet in Wiesbaden am 26. September um 11 Uhr vom Hauptbahnhof zur hessischen Staatskanzlei am Kranzplatz. Dort beginnt gegen 12 Uhr eine Kundgebung mit Vertretern der beteiligten Verbände und Landespolitikern als Rednern. Der Landesjagdverband erwartet mehrere tausend Teilnehmer.

*Folgender Text ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt:*

*Verantwortlich für diese Pressemitteilung und Adressat für Fragen:*

*Dr. Klaus Röther*

*Pressesprecher des Landesjagdverbands Hessen*

*Am Römerkastell 9*

*61231 Bad Nauheim*

*Telefonisch zu erreichen unter **(0172) 68 16 13 4** u. (06032) 936-0*

*E-Mail: [info@ljev-hessen.de](mailto:info@ljev-hessen.de)*